

Bauen in Berlin? Am Beispiel des Mauerpark-Stadions ist erkennbar, was hier falsch läuft

von **KLAUS KELLE**

PRENZLAUER BERG – Der 11. Februar war ein ziemlich grauer Tag, als im Berliner Gleimviertel die Zeit der „DDR-Moderne“ endgültig endete. Um punkt 10:07 Uhr erschütterte ein dumpfer Doppelknall den Prenzlauer Berg. Die zwei verbliebenen, 64 Meter hohen Flutlichtmasten des Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportparks knickten wie Streichhölzer ein und sackten in einer Staubwolke in sich zusammen. Was für die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung ein „notwendiger Schritt zur Baufreiheit“ war, wirkte auf hunderte grimmig dreinschauende Bürger hinter rot-weißen Absperrgittern wie die öffentliche Hinrichtung eines Stadtteil-Wahrzeichens.

Bauen in Berlin: Das Ende der Konsensgesellschaft

Der Jahn-Sportpark ist dabei längst kein lokal begrenztes Bauprojekt mehr. Er ist das Mahnmal einer Metropole, in der Bauen ohne erbitterten Widerstand, Gerichtsverfahren und Polizeieinsätze unmöglich geworden ist. Wo früher Kräne als Zeichen von Fortschritt galten, werden sie heute als Symbole für Gentrifizierung, ökologische Ignoranz und politische Rechthaberei wahrgenommen. Der Konflikt am Mauerpark zeigt, wie hier zwei unversöhnliche Weltanschauungen aufeinanderprallen: Die staatliche Logik von „Abriss und Neubau“ gegen die zivilgesellschaftliche Forderung nach „Erhalt und Sanierung“. Und sicher für viele ein wenig DDR-Romantik.

Die Proteste rund um den Februar 2026 waren intensiv. Als die

Vorbereitungen für die Sprengung der Masten anlaufen, kam es zu Sitzblockaden an den Zufahrtswegen, um die anrückenden schweren Maschinen aufzuhalten. Aktivisten der Bürgerinitiative (BI) Jahnsportpark und Unterstützer von „Ende Gelände“, auch einfache Anwohner versuchten, die Baustelle zu besetzen und so das Vorhaben zu stoppen, was schon ein bisschen naiv erscheint.

Die Polizei rückte mit einem Großaufgebot an, um das Gelände zu räumen. Es kam sogar zu Handgemengen, mehrere Personen wurden in polizeiliches Gewahrsam genommen. Die Wut der Protestler war scheinbar auch einem Gefühl der Ohnmacht geschuldet, hatte man es doch vorher mit Petitionen und friedlichen Protesten auch von Tierschützern versucht. *„Hier wird Beton-Politik aus den 90ern gegen den Willen des Kiezes durchgeprügelt“*, rief ein Sprecher der Bürgerinitiative durchs Megafon, während im Hintergrund die Sprengladungen an den Stahlgerüsten angebracht wurden. Doch der Senat nutzte ein Zeitfenster kurz vor Beginn der offiziellen Brutzeit (1. März), um Fakten zu schaffen, die juristisch nicht mehr rückgängig zu machen sind.

Denkmalschutz vs. Inklusion

Der Kern des Streits liegt wohl in der Definition von Fortschritt. Der Berliner Senat argumentiert mit der Inklusion. Das alte Stadion sei marode, die Tribünen für Rollstuhlfahrer unzugänglich, die Sanitäreinrichtungen eine einzige Katastrophe. Ein „Leuchtturmprojekt“ für den Behindertensport wolle man schaffen, ein Stadion, das weltweit Maßstäbe setzt. Was sonst? Berlin halt...

Inklusion? Das sei bloß das „Totschlagargument“ des Senats für den Abriss historischer Bausubstanz, hallt das Echo zurück. Die „Ostmoderne“ dieses Stadions mit seiner markanten roten Haupttribüne hätte man auch durch neue Fahrstühle und Rampen barrierefrei gestalten können – und vor allem viel kostengünstiger.

Aber sind wir ehrlich!

Der Jahn-Park steht nicht allein. Ob beim Molkenmarkt, beim **Hermannplatz** oder beim A100-Ausbau – wann immer irgendwo Bagger anrollen, sind die altbekannten Demo-Profis zur Stelle, oftmals ergraute Revolutinsromantiker von einst, unerbittliche Kämpfer gegen die Modernisierung. Berlin ist zur Arena des Baustopps geworden. Die Baumuffel sind heute besser vernetzt, juristisch versierter und kompromissloser als noch vor 20 Jahren. Jede gefällte Pappel, jeder abgerissene Betonpfeiler, jedes grüne Kleinbiotop wird zum Politikum.

Die Verwaltung reagiert oftmals genervt und zieht ihre Pläne einfach brachial durch, was dann allerdings den Frust weiter vergrößert und die Proteste anstachelt. Im Jahn-Sportpark fand die vorgeschriebene Bürgerbeteiligung zwar statt, doch die Ergebnisse – die überwiegende Mehrheit sprach sich für eine Sanierung des Bestands aus – wurden vom Senat ignoriert.

Das neue Inklusionsstadion wird gebaut, daran lassen die Trümmerberge im Prenzlauer Berg keinen Zweifel mehr. Doch der Preis ist hoch. Nicht nur finanziell übrigens – die Kosten sind mittlerweile auf **fast 300 Millionen Euro** explodiert –, sondern vor allem gesellschaftlich.

Wenn 2028 die ersten inklusiven Wettkämpfe im neuen Stadion stattfinden, wird die Architektur modern und die Barrieren werden verschwunden sein. Doch die Narbe, die der Abriss im kollektiven Gedächtnis des Viertels hinterlassen hat, wird so schnell nicht verheilen. Wer in Berlin baut, muss den knallharten Konflikt einplanen.

Anschlag auf Stromversorgung: Massiver Polizeieinsatz gegen Linksterroristen in Berlin

Hunderte Beamte von LKA und Polizei sind zur Zeit in Berlin unterwegs, um Wohnungen und Büros von Personen aus der linksextremistischen Szene Berlins zu durchsuchen. Das Vorgehen der Ermittler richtet sich gegen die vermuteten Täter der Terroranschläge im September 2025 in Adlershof. Auch in drei weiteren Bundesländern läuft die Razzia.

Konkret bekannt ist im Moment der Einsatz gegen die „Anarchistische Bibliothek“ an der Reichenberger Straße in Kreuzberg.

Am 9. September 2025 hatten Linksterroristen zwei Strommasten in Johannisthal im Bezirk Treptow-Köpenick angezündet. So kam es zu einem großflächigen Stromausfall. 45.000 private Haushalte und Gewerbebetriebe blieben in der Folge mehrere Tage ohne Strom.

**16-Jährige in Berliner
Jugendclub vergewaltigt:
Behörde rief Polizei nicht,
um arabische Täter „nicht zu**

stigmatisieren“

BERLIN – Es ist unfassbar, was in unserem Land und besonders in der Hauptstadt Berlin jeden Tag an verstörenden Vorkommnissen passieren. Und es ist kein Geheimnis mehr, dass viele Politiker, Behörden und Medien sich aktiv an der Vertuschung von Straftaten beteiligen, die nicht ins eigene ideologische Weltbild passen.

So wie heute von der BILD berichtet

In einem „Jugendclub“ im Berliner Problembezirk Neukölln sollen neun Jungen „mit arabischen Wurzeln“ eine 16-jährige türkisch-kurdische Schülerin im Januar in einen hinteren Raum des Jugendklubs (Wutzkyallee) getragen, auf eine Couch geworfen, sich abwechselnd auf sie gesetzt und die Jugendliche angefasst haben. Ein weiterer Junge stand an der Tür Schmiere. Erst als zufällig eine Mitarbeiterin bemerkte, was da passiert, ließen die Jugendlichen von der Schülerin ab.

Drei Tage nach dem Vorfall habe die 16-Jährige ausgesagt, dass sie bereits im November vergangenen Jahres im Garten der Einrichtung vergewaltigt wurde. Der damals 17-jährige Täter soll die Tat gefilmt und ihr gedroht haben: *„Ich will dich hier jeden Montag sehen, sonst schicke ich das deinen Eltern.“*

Wie die BILD heute berichtet, waren die Übergriffe auf das Mädchen sowohl dem Jugendklub als auch dem Jugendamt bekannt. Doch niemand dort habe die Polizei informiert und Strafanzeige erstattet. Intern habe es im Jugendklub geheißen, man wolle „den Ball flachhalten“, damit die Täter nicht pauschal mit „typisch Muslime“ stigmatisiert würden. Stattdessen sei in der Einrichtung die Tür des hinteren Raums ausgehängt worden und man habe ein sogenanntes „Safewort“ vereinbart, das Mädchen im Falle einer Bedrohung äußern könnten. Gegen wen auch immer, denn im Januar waren nur Täter mit ihrem Opfer im Zimmer.

Ein Sprecher des Bezirksamts bestätigte gegenüber der Zeitung, dass seitens der Mitarbeiter die Polizei nicht informiert wurde. Der Jugendklub habe das Bezirksamt unmittelbar nach Bekanntwerden der Anschuldigungen bis hin zur Amtsleiterin informiert, so der Sprecher weiter. Aber es passierte erkennbar nichts. Das Jugendamt habe keine Anzeige gestellt, da dem Jugendamt weder vom Opfer noch vom Täter die Namen bekannt gewesen seien.

Dass der Fall überhaupt bekannt geworden ist, ist Mitarbeitern des benachbarten Mädchentreffs „Die RosaMinta“ zu verdanken, die endlich die Polizei verständigten. Auch sie hatten zunächst die Mitarbeiter des Jugendclubs gebeten, die Polizei zu informieren. Als diese nichts taten, riefen sie selbst an.

Das Opfer hat inzwischen eine Videoaussage gemacht, um die Übergriffe nicht mehrfach schildern zu müssen. Polizeibeamte haben das Handy des 17-jährigen mutmaßlichen Vergewaltigers beschlagnahmt. Der Vater der 16-Jährigen hat Anzeige gegen den jungen Täter und auch gegen Verantwortliche im Jugendklub und beim Bezirksamt erstattet.

Ein Sprecher der Staatsanwaltschaft erklärte auf Nachfrage lediglich, dass die Behörde das Verfahren übernommen habe. „Weitere Auskünfte können zum Schutz der Ermittlungen derzeit nicht erteilt werden“, sagte der Sprecher.

Innensenatorin Iris Spranger (SPD) forderte am Mittwoch Aufklärung: „Was in den Berichten steht, soll so stimmen. Die Polizei hat sofort reagiert und das sofort an das Landeskriminalamt übermittelt. Die Zusammenarbeit von Polizei, LKA und Staatsanwaltschaft hat sehr gut funktioniert“, sagte sie. Und weiter: „Was nicht funktioniert hat, müssen das Bezirksamt, die zuständige Stadträtin und die zuständige Senatsverwaltung aufklären.“

Ja, das wäre schön...

Berlin hat die Wahl: Wer Wohnraum will, wählt links – wer links wählt, verhindert Wohnraum

von **KLAUS KELLE**

BERLIN – Wenn Sie sich im Tennis ein bisschen auskennen, dann wissen Sie, was man unter einem „Matchball“ versteht. Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) hat das Kunststück geschafft, innerhalb weniger Wochen zwei Matchbälle zu versemeln, die ihm mit hoher Wahrscheinlichkeit eine weitere Amtszeit im Roten Rathaus beschert hätten.

Beim Stromausfall im Südwesten zum Beispiel, als wir statt eines mitfühlenden Landesvaters, der Probleme der frierenden Bürger gleich vor Ort löst und heißen Tee an die Helfer verteilt, einen Regierenden erleben mussten, der sich Zeit für seine Tennisstunde nahm, während Zehntausende unter den Folgen eines linksradikalen Terroranschlags litten.

Und dann das Glatteis-Chaos mit zahlreichen Unfällen und Verletzten durch Stürze auf vereisten Gehwegen. Und Wegner, der Richtlinienkompetenz hat, ordnet nicht etwa an, dass sofort Salz gestreut wird, auch wenn das der Umweltlobby nicht in den Kram passt. Einen führungsstarken Regierenden hätten wir da gerne erlebt. Hätten wir ...

Ist also Schwarz-Rot nur eine kurze Episode?

Wenn am 20. September das Abgeordnetenhaus neu gewählt wird, blickt unsere Stadt auf dreieinhalb Jahre schwarz-rote

Koalition zurück, die mit dem Versprechen angetreten ist, Berlin einfach mal machen zu lassen. Doch die Realität sieht für viele Berliner anders aus.

Die Unzufriedenheit mit der Arbeit des Senats unter dem Regierenden Bürgermeister Kai Wegner (CDU) ist in aktuellen Umfragen auf einem Höchststand. Mehr als 60 Prozent der Berliner geben an, mit der Regierungsarbeit unzufrieden zu sein. Man wirft Wegner vor, bei den großen Themen wie der Verwaltungsreform oder dem Wohnungsbau zu wenig geliefert und sich zu oft in internen Streitigkeiten mit dem Koalitionspartner SPD verheddert zu haben.

Aber in der Sonntagsfrage liegt die CDU mit etwa 23 Prozent weiter deutlich auf Platz eins. Wegner profitiert von der Zersplitterung seiner Gegner und von der schieren Verzweiflung der Bürgerlichen, die nach dem Hinscheiden der FDP und der Putinisierung weiter Teile der AfD heimatlos geworden sind. So gilt Wegner vielen Berlinern als kleineres Übel gegenüber einem drohenden rot-rot-grünen Block, der die angeschlagene Hauptstadt definitiv weiter in die Grütze führen würde.

Es ist ja seit vielen Jahren für Außenstehende rational nicht nachzuvollziehen, warum eine deutliche Mehrheit der Berliner immer wieder diejenigen wählt, die die offenkundigen Probleme nicht nur nicht lösen, sondern verschlimmern.

Ein Beispiel ist der fehlende Wohnraum

Berlin ist weiter ein Magnet für den alljährlichen Zuzug tausender Menschen. Das hängt damit zusammen, dass hier Deutschlands Regierung sitzt, mit allerlei Begleitzug aus Wirtschaftsverbänden, Kreativagenturen, Beratern und NGOs. Gut bezahlte „Jobs, Jobs, Jobs“, wie der aktuelle US-Präsident rufen würde.

Der ideale Nährboden für Stadtentwickler und kapitalkräftige Investoren. Berlin, da hatte Klaus Wowereit (SPD) einst völlig recht, ist „arm, aber sexy“. Aus dieser Stadt könnte man etwas

Großes machen, eine pulsierende und vor allem prosperierende Metropole im Herzen Europas, wie man so schön sagt.

Aber die Wähler in Berlin wollen das nicht

Warum auch immer. Wollten sie mehr Bautätigkeit, Investitionen, einfache Genehmigungsverfahren und mehr staatliches Geld für diesen Sektor, dann müssten sie die Parteien wählen, in denen diese Leute ihre Repräsentanz haben. Früher waren das in Berlin CDU und FDP, bei denen sich – ich sage es mal salopp – allerlei „Bauluden“ tummelten. Das Problem dabei: Wenn diese Leute investieren und bauen und auch Risiken eingehen sollen, was angesichts einer massiv gestiegenen Nachfrage dringend notwendig wäre, dann wollen sie auch Profit machen. „*Money makes the world go round*“, wusste schon Liza Minnelli. Und ja, Kapitalismus ist angetrieben von Profitstreben; wir in Deutschland haben die Soziale Marktwirtschaft erfunden, die ungehemmten Kapitalismus eindämmt. Eine gute Erfindung.

Aber so tickt der Berliner eben nicht

Der Berliner liebt seine „Kieze“, seine Pluderhosen-Muttis, seine bräsige Multikulti-Romantik sonntagsnachmittags am Mauerpark. Und er wählt links, was für die linken Parteien eine Win-win-Situation ist. Die verhindern nämlich nach Kräften, dass gebaut und Gewinn erwirtschaftet wird, trommeln und stimmen dagegen.

Am 26. September 2021 stimmten 59,1 % der Berliner – mehr als eine Million Bürger (ca. 1,03 Millionen Menschen) – für die Verstaatlichung großer Immobilienkonzerne, um „die Mieten bezahlbar zu halten“. Gott sei Dank hat so ein Volksbegehren in Berlin nur appellativen Charakter; der Senat ist nicht gezwungen, das Ergebnis dann auch umzusetzen. Warum sollte ausgerechnet so was hier klappen?

Der Senat setzte eine Expertenkommission ein, die nach zwei Jahren Beratung zu dem Ergebnis kam, dass man Verstaatlichung

rechtlich machen könne, die Hürden aber hoch seien. In Deutschland sind die Hürden immer hoch – wegen irgendwas.

Die schwarz-rote Koalition unter Wegner hat dann im Dezember 2025 einen Entwurf für ein Rahmengesetz vorgelegt, das so geschrieben ist, dass Enteignungen faktisch verhindert oder extrem erschwert werden. Ich liebe diese Stadt ... irgendwie.

Also zusammengefasst ...

Der Berliner fordert mehr bezahlbare Wohnungen, lehnt aber die Kapitalisten und Parteien ab, die ihm die notwendigen Häuser bauen können, weil die damit auch Geld verdienen würden. Stattdessen wählt man linke Parteien, die Bautätigkeit nach Kräften verhindern – und das mit zum Teil irren Begründungen.

So verzögerten sogenannte Naturschutzverbände in Pankow das Großprojekt „Pankower Tor“ mit seinen 2.000 neuen Wohnungen um Jahre, weil dort die seltene Kreuzkröte ihr Zuhause hat. Ein anderes Wohnbauprojekt wurde für ein ganzes Jahr gestoppt, weil man zuvor die Auswirkungen der Baumaßnahmen auf die heimische Insektenpopulation prüfen wollte.

Schön auch: In Reinickendorf durften hunderte Wohnungen *nicht* gebaut werden, weil das Land Berlin den Bau einer Grundschule aus Geldmangel streichen musste. In Berlin gibt es aber ein Gesetz, das keine Baugenehmigungen zulässt, wenn im Nahbereich nicht auch eine Grundschule existiert. Und so weiter – man könnte endlos erzählen vom täglichen Irrsinn in unserer Metropole, die aber erstaunlicherweise irgendwie noch zu existieren scheint.

Zusammengefasst: Der Berliner wählt links, was dazu führt, dass er keinen bezahlbaren Wohnraum bekommt. Und weil er deshalb zu wenig Wohnraum hat, ist er unzufrieden und wählt auch wieder links, weil er glaubt, das würde automatisch den Wohnungsmangel stoppen. Ein ewiger Kreislauf. Glauben Sie mir, es sieht hier zwar anders aus, aber die DDR ist in den Köpfen vieler Berliner quicklebendig. Der Staat wird's schon richten.

Neben der Achillesferse Mieten und Wohnen hat Berlin zwei weitere Hauptprobleme

Innere Sicherheit und Migration: Das ist weiter ein Konjunkturprogramm für die AfD, die vermutlich weiter deutlich zulegen wird. Obwohl die CDU bei der Polizeireform eine Menge richtig gemacht hat. Und die Kürzungen im Sozial- und Kulturbereich haben hier eine lange, liebgewonnene Tradition. Das ist dann das Konjunkturprogramm für die Linke.

Kenia oder linker Block?

Stand heute haben CDU und SPD keine eigene Mehrheit mehr. Nach der Wahl könnte Wegner vielleicht die Grünen mit ins Regierungsboot locken. Die haben keine gemeinsamen Ziele außer dem Willen zur Macht. Bleibt als Alternative, da die „Alternative“ nicht mitspielen darf, nur der linke Block aus SPD, Grünen und Linken, vielleicht sogar BSW. Das wäre der Super-GAU für Berlin, denn die SPD wäre mit Grünen und Linken nur der Juniorpartner am Katzentisch und die Destruktiven könnten tun und lassen, was sie wollen.

BERLINALE 2026: Taxifahren in Lagos und ein „queeres Gefängnis-Epos“

von **KLAUS KELLE**

In Deutschland verlieren im Moment durchschnittlich 10.000 Menschen pro Monat ihren Arbeitsplatz. Die Probleme mit der Massenmigration sind weiterhin vielleicht eingedämmt, aber die Unfähigkeit des Bundes und der Länder, konsequent abgelehnte

Asylbewerber abzuschieben – insbesondere Kriminelle, die hier schwerste Gewalttaten verübt haben –, ist erschütternd. Mehr als 100.000 Abtreibungen werden jedes Jahr in Deutschland registriert; junges Leben, Geschöpfe Gottes, die einfach ausgelöscht werden.

Viele Themen würden mir einfallen für Drehbuchautoren, Produzenten und Regisseure in einem der bedeutendsten Filmwettbewerbe der Welt: der Berlinale.

Doch was finde ich?

Ein „elektrisierendes Porträt der nigerianischen Megacity Lagos“, in der „Lady“ (gespielt von Jessica Gabriel's Ujah) mit klassischen Geschlechterrollen bricht. Denn „Lady“, eine „junge, androgyn wirkende Frau“, die sich als eine der wenigen Taxifahrerinnen in der hyper-maskulinen Welt von Lagos durchsetzt, spart eisern jeden Naira, um aus der chaotischen Metropole in die Küstenstadt Freetown (Sierra Leone) fliehen zu können. Und dann, ganz wichtig, taucht plötzlich ihre Freundin „Pinky“ auf, um sie in die glitzernde, gefährliche Welt der Nachtclub-Szene einzuführen. Und klar, sie ist ja Taxifahrerin: „Lady“ fährt dann mit ihrem Auto *„eine Gruppe schillernder Sexarbeiterinnen durch die Nacht“*.

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch

Kultur ist nur Kultur, wenn sie frei ist. Maler sollen Bilder malen, wie und was sie wollen, Theaterregisseure können absurdeste Stoffe inszenieren und natürlich dürfen Filmemacher auch das Vortragen nepalesischer Hirtenlyrik in einem achtstündigen Dokudrama verarbeiten. Aber erwarten Sie bitte nicht, dass normale Menschen sich das dann auch antun!

Die 76. Internationalen Filmfestspiele Berlin finden unter der Leitung der neuen Intendantin Tricia Tuttle statt, die sich erkennbar bemüht hat, den Rythmus der Stadt aufzugreifen.

Die Aufmerksamkeit zum Start gehört traditionell der „Berlin

Opening Night“. In diesem Jahr fand die exklusive Sause im S0/Berlin Das Stue statt. Das ehemalige dänische Botschaftsgebäude am Tiergarten bot eine perfekte Kulisse für eine Nacht, in der Diskretion und Extravaganz zusammen passten.

Auf dem roten Teppich vor dem Hotel die traditionelle Show der Filmstars: Michelle Yeoh, die in diesem Jahr mit dem Goldenen Ehrenbären für ihr Lebenswerk ausgezeichnet wurde, Hollywood-Größen wie Neil Patrick Harris, Pamela Anderson und ein gut gelaunter Channing Tatum für internationales Flair. Und unsere heimischen Top-Namen waren natürlich dabei: Iris Berben, Daniel Brühl und Matthias Schweighöfer.

In der Sektion *Berlinale Special* zog vor allem die Horrorkomödie „Die Blutgräfin“ von Ulrike Ottinger das Publikum an. Isabelle Huppert spielt eine exzentrische Adelige, die zwischen Splatter und High-Fashion wandelt.

Wer schnappt sich nun den Bären?

Die internationale Jury unter dem Vorsitz von Wim Wenders hat keine leichte Aufgabe. Während früher oft große politische Parabeln dominierten, geht es dieses Jahr – na klar – um Identität (nicht die deutsche, versteht sich), Familie und das Aufbrechen alter Rollenbilder.

Und natürlich, ich hätte sonst etwas vermisst, gibt es das queere Gefängnisdrama „Animol“: „Mit seiner rohen, aber zärtlichen Erzählweise über Liebe unter widrigsten Bedingungen“ gilt es als heißester Anwärter auf den Goldenen Bären. Na dann...

Der Fokus liegt bei dieser Berlinale weniger auf dem erhobenen Zeigefinger als früher. Das ist gut. Aber ob am Ende „das kraftvolle Kino aus Nigeria“, das „deutsche Rollenspiel-Drama“ oder das „queere Gefängnis-Epos“ gewinnt, ist mir persönlich völlig schnuppe.

Ganz schön glatt hier: Vom Streusalz-Dogma und einem Mangel an politischer Konsequenz

von KLAUS KELLE

Der Regierende Bürgermeister Kai Wegner von der CDU wollte bei massivem Glatteis in der Stadt das Streuverbot kurzfristig aussetzen und erntete dafür Spott und Hohn im Abgeordnetenhaus. Aber im Grunde hat er natürlich recht, denn es gab bereits zahlreiche Verletzte in Berlin wegen der eisigen Temperaturen und gefrorener Fahr- und Gehwege.

Mehr als 1.800 Mal mussten Sanitäter und die Berliner Feuerwehr an einem einzigen Tag ausrücken, die Notaufnahmen der Krankenhäuser waren aufgrund von Knochenbrüchen und Platzwunden überlastet, und ein Rettungsdienst hatte zeitweise sogar keinen einzigen Wagen mehr verfügbar. Berlin wieder mal am Limit – wie so oft in jüngster Zeit.

In einer solchen Situation starr am Streusalzverbot festzuhalten, das klingt wie Hohn gegenüber Senioren, die sich nicht mehr aus dem Haus trauen, und den vielen Pendlern, die auf dem Weg zur Arbeit ihre körperliche Unversehrtheit riskieren. Umweltschutz ist wichtig, keine Frage. Aber wenn der Schutz von Baumwurzeln höher als die körperliche Unversehrtheit von Tausenden Menschen bewertet wird, dann läuft etwas falsch.

Wegners Slalom-Kurs

Kai Wegner steht erneut im Zentrum der Kritik – dieses Mal zu Unrecht. Sein Appell an das Abgeordnetenhaus, das Verbot zu lockern, wurde von der Opposition als Offenbarungseid bezeichnet. „*Man nennt es Winter*“, tönnten die Kritiker. Und so ist das halt in einer Demokratie. Aber, Freunde: Ein Regierender Bürgermeister bittet im Parlament darum, das Richtige tun zu dürfen? Ernsthaft?

Der Chef im Roten Rathaus hat gemäß Artikel 58 der Landesverfassung die Richtlinienkompetenz. In einer Notsituation hat er nicht nur das Recht, er hat die Pflicht zu führen. Und er sucht nicht wie ein Bittsteller Zustimmung, die er gar nicht braucht. Kurze Anweisung an die Umweltverwaltung, Eil-Verordnung für das Tausalz vorbereiten – und dann los geht's.

So funktioniert Realpolitik

Aber Wegner versemzelt nun zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen den Matchball, der ihm seinen Bürostuhl im Roten Rathaus für weitere fünf Jahre sichern könnte. Wegners Agieren wirkt wie ein politischer Eiertanz. Zwar erkennt er das Problem und die Erwartungen seiner Bürger, aber er zögert bei der Durchsetzung, bis der Fußgänger platt auf dem Eis liegt.

Gestern hat der Senat endlich den vorübergehenden Einsatz von Tausalz genehmigt. Die Berliner Stadtreinigung (BSR) ist mit allen Kräften unterwegs, und auch Grundstücksbesitzer und vom Land beauftragte Winterdienste sind endlich vom Taumittelverbot befreit. Bis zum 14. Februar.

Irgendwie funktioniert es dann doch noch

Oder, wie man in Köln kalauert: „*Et hätt noch imma joot jejange*“. Aber ob das so bleibt, das ist keineswegs sicher. Glatteis-Chaos, davor linker Terror und massiver Stromausfall in Zehlendorf, und von der missglückten Kommunikation beim Tennis-Match des Bürgermeisters will ich gar nicht erst anfangen.

Im Wahljahr entsteht ohne jede Not das Bild einer Stadtspitze, die von der Realität ihrer eigenen Metropole immer mal wieder überrascht wird. Berlin leidet unter einer Verwaltung, die sich in Zuständigkeiten verstrickt, statt pragmatische Lösungen zu liefern. Warum gibt es zum Beispiel kein flexibles Winterdienst-Konzept, das bei Extremwetterlagen (wie Blitzeis) automatisch Sonderregeln aktiviert? Warum muss erst das öffentliche Leben kollabieren, bevor unbürokratisch gehandelt wird?

Berlin braucht keinen Bürgermeister, der das Wetter kommentiert, sondern einen, der die Stadt intensiv auf solche Lagen vorbereitet. Das ist kein Hexenwerk, denn die Spötter im Abgeordnetenhaus haben ja zumindest damit recht, dass wir gerade keine Wetterkatastrophe erleben, sondern einfach nur normale Wintertage.

Grüne Arroganz in Reinkultur: Linke Terroristen aus dem Fokus nehmen, Honig für die nächste Wahl saugen

Die Berliner Grünen wollen aus dem Stromanschlag von Linksextremisten auf die Stromversorgung im Bezirk Steglitz-Zehlendorf politisches Kapital schlagen und gleichzeitig von den Linksterroristen ablenken. Das geht aus einer internen Mail hervor, die die Strategie vorgibt.

Man wolle vom öffentlichen Interesse an den Tätern ablenken, indem man den Regierenden Bürgermeister Kai Wegner (CDU) direkt hart attackiert.

In der E-Mail der Parteispitze, die der BILD zugespielt wurde, wird eine Kommunikationslinie für die Partei vorgegeben, in der für die öffentliche Debatte von den Tätern abgelenkt werden soll. In dem Geheimpapier heißt es dann:

„Wir haben ein strategisches Interesse daran, dass die Debatte um Kai Wegner lange medial begleitet wird und als Führungs-/Kompetenzfrage beim Regierenden Bürgermeister hängen bleibt.“

Wegner hatte am Tag des Terroranschlags in Berlin eine Stunde lang Tennis gespielt der Öffentlichkeit aber erzählt, er habe sich zu Hause eingeschlossen, um von dort aus die Maßnahmen seiner Verwaltung intensiv zu koordinieren, um den Bürgern im Berliner Südwesten schnell zu helfen.

Genau das, was die Menschen an der Politik abstößt, ist grüne Parteilinie

Denn in dem Papier der Grünen heißt es auch weiter: „CDU/Wegner“ solle als „politisch Verantwortlicher für Führung und Krisenmanagement“ in den Mittelpunkt der Kritik gestellt werden. Ausdrücklich aber *nicht* Innensenatorin Iris Spranger oder Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey (beide SPD).

Klar, die müssen ja geschont werden, weil sie nach dem 20. September, dem Tag der Abgeordnetenhauswahl, als Koalitionspartner gebraucht werden könnten.

Zum Anschlag hatte sich eine linksradikale „Vulkangruppe“ bekannt. Die Grünen fordern nun – natürlich – die Täter müssten gefunden und vor Gericht gestellt werden. Weiter heißt er: „Wir wollen uns darauf konzentrieren, wie wir unsere Stadt künftig besser schützen können“.

Ganz sicher, indem man am 20. September diese Grünen nicht wählt...

Müll, Drogen, Wohnungsmangel – unsere Hauptstadt glitzert, funktioniert aber nicht

Wer in diesen Tagen aus dem Berliner Hauptbahnhof herausschlendert, blickt auf die glitzernden Fassaden des Regierungsviertels mit dem Reichstag über dem, gut sichtbar, schwarz-rot-goldene Fahnen wehen. Willkommen in der Weltstadft im Herzen Europas! Sieht echt gut aus!

Doch gehen Sie mal ein paar Schritte weiter in den Tiergarten oder in die U-Bahnhöfe in Neukölln und Kreuzberg! Da zeigt sich ein anderes Bild von Berlin. Und das ist düster und beunruhigend. Denn die deutsche Hauptstadt ist heute sozial tief gespalten, Obdachlosigkeit, Drogenmissbrauch und eine unübersehbare Vermüllung des öffentlichen Raums, gepaart mit Messergewalt lassen für die Zukunft der Vier-Millionen-Stadt Schlimmes erwarten.

Ja, trotz aller Probleme bleibt Berlin ein Magnet für Gäste aus aller Welt

Im internationalen Ranking der „World’s Best Cities 2026“ hält sich unsere Metropole stabil in den Top 10. Die Kulturszene boomt, und die Wirtschaft – getrieben durch Tech-Startups und große Ansiedlungen im Umland – zeigt sich resilient. Und als politische Zentrale ist Berlin sowieso so präsent wie seit vielen Jahren nicht mehr, was allerdings nicht unbedingt mit einer brillianten Performance der Regierenden zusammenhängt.

Hinter der Fassade der Boomtown aber wächst echte soziale Not

Mehr als 40.000 Menschen haben, offiziellen Zahlen des Senats

zufolge, derzeit kein festes Dach über dem Kopf. Und es ist verdammt kalt gerade. Zwar sank die Gewaltkriminalität im Jahr 2025 leicht, aber die Zahl der Menschen, die ganz unten angekommen sind, steigt ungebremst. Und Geld zum Verteilen gibt es kaum

Vermüllung überall im Stadtgebiet

Selbst im Regierungsviertel oder im bürgerlichen Nobelstadtteil Zehlendorf sind viele Bürger frustriert über vermüllte Ecken. Die Folge daraus: illegale Müllentsorgung. Um den Unrat einsammeln zu lassen, wendet der klamme Senat jährlich rund zehn Millionen Euro auf. Und was fällt Berliner Politikern dazu noch ein? Na klar, Verbote. Im Oktober startete der Senat eine „*Bußgeld-Offensive*“ : Das Wegwerfen einer Zigarettenkippe kostet nun 100 Euro, das Liegenlassen von Hundekot 55 Euro.

Aber – dit is Berlin – es fehlt in den Bezirken schlicht an Personal, um die hohen Bußgelder auch wirklich durchzusetzen und einzutreiben. Während die BSR nach Silvester Höchstleistungen vollbrachte, bleibt der schleichende Unrat in den Wohnkiezen ein Dauerthema.

Woran das liegt?

Berlin hat seine Wohnungsbauziele im Jahr 2025 erneut verfehlt. Der Leerstand ist extrem niedrig. Wohnungen müssen her! Doch das Milliardenloch im Landeshaushalt zwingt die Wegner-Koalition aus CDU und SPD dazu, den Rotstift anzusetzen, auch da, wo es wehtut. Und das in einem Wahljahr.

Die Obdachlosigkeit in Berlin bis zum Jahr 2030 besiegt zu haben, verspricht man den Bürgern aus dem Roten Rathaus. Wie das gelingen soll, bleibt mir schleierhaft. Gerade, wenn man Berlin nicht nur als repräsentative Kulisse für die Weltpolitik versteht.

Endlich wieder Broadway-Glanz in Berlin: „Ghost“ startet eine neue Ära im BlueMax Theater

von KLAUS KELLE

Eine rauschende Premiere – diese Formulierung liest man oft, wenn eine neue Bühnenshow irgendwo startet. Aber gestern Abend bei der Premiere von *„Ghost – Nachricht von Sam“* im BlueMax Theater am Marlene-Dietrich-Platz traf diese Beschreibung zu wie selten. Denn es war eine wirklich rauschende Premiere, die 600 Gäste im umgebauten Theater, wo über Jahre vorher die „Blue Man Group“ Dauergast war, feiern durften.

Ghost – Nachricht von Sam“ – war da nicht mal was?

Ja, da war mal was. Ein Hollywood-Blockbuster, der 1990 zu einem der erfolgreichsten Filme weltweit (neben „Pretty Woman“) wurde und mit einem vergleichsweise geringen Budget von 22 Millionen gut 505 Millionen US-Dollar einspielte.

Eine Liebesgeschichte – natürlich, deren Magie gestern Abend im BlueMax Theater mühelos wieder aufblitzte und das Publikum zu wahren Beifallsstürmen anregte.

Viele Berliner Celebrities waren gekommen, der Ex-Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit war da und auch „Didi“ Hallervorden, inzwischen unfassbare 90 Jahre jung, hatte erkennbar sein Vergnügen auch noch nach der Show bei der Premierenfeier.

Oedo Kuipers als „Sam Wheat“ und Bianca Basler als „Molly

Jensen“ überzeugten mit Ausstrahlung und Spielwitz als Liebespaar zwischen dem Hier und dem Jenseits in einem Musical, das viel mehr ist als eine bloße Adaption des Kultfilmes aus den 90ern. Mir persönlich hat der mitreissende Auftritt von UZOH am besten gefallen, eine Sängerin und Songwriterin aus Stuttgart, für mich der kommende Topstar der Musicalszene in Deutschland, in der Rolle der umwerfenden Hellseherin Oda Mae Brown.

Die neue Show im BlueMax Theater gestern Abend war so dynamisch, dass sich auch ein Blick auf die Macher lohnt. Die heißen Nils Büchner und Stephan Dominik Hubert, die mit ihrer *ShowSlot Group* das Musical-Genre in Deutschland gerade ein Stück weit neu erfinden.

Die Wurzeln des Unternehmens liegen im „Off-Musical Frankfurt“, das 2017 begann. Doch aus der Nische ist längst eine große Nummer geworden. Durch die Übernahme des „Stage Bluemax Theaters“ im Herbst 2025 hat sich die Gruppe vom reinen Tourneeveranstalter zum Betreiber einer der prestigeträchtigsten Spielstätten Deutschlands gewandelt.

Internationales Franchise trifft deutsche Präzision

Dass „Ghost“ gerade jetzt in Berlin einschlägt, ist kein Zufall. Das Musical ist ein globales Phänomen, die Kompositionen von Dave Stewart (Eurythmics) und Glen Ballard verleihen der übernatürlichen Liebesgeschichte eine Rock-Pop-Kante, die perfekt in das urbane Berlin passt.

ShowSlot hat es verstanden, dieses internationale Franchise mit einer Besetzung zu veredeln, die sowohl gesanglich als auch schauspielerisch neue Maßstäbe setzt. Es ist die Kombination aus der Sicherheit einer weltweit bewährten Marke und der Frische einer jungen, hungrigen Produktionsfirma, die den Abend so besonders machte.

Das Engagement von „Ghost“ im BlueMax Theater ist der Auftakt einer ambitionierten Spielzeit 2026, die mit den Produktionen

von „Dracula“, der „Cher Show“ und „Sister Act“ fortgesetzt wird. Ziel ist es, das BlueMax Theater als einen Ort zu etablieren, an dem es ständig Neues zu entdecken gibt – ähnlich den Spielplänen im legendären Londoner West End.

Nur bis zum 8. Februar ist Ghost noch in Berlin zu sehen. Karten gibt es über <https://www.eventim.de/>

Berlin muss Konsequenzen ziehen – allerdings ohne diesen Regierenden Bürgermeister

von **KLAUS KELLE**

In diesen Minuten werden auch die letzten betroffenen Haushalte im Südwesten Berlins wieder mit Strom versorgt. Das ist eine gute Nachricht – und auch die einzige seit dem vergangenen Samstag. Da waren plötzlich Zehntausende Haushalte und Supermärkte, Läden, Lokale und Unternehmen im Südwesten von Berlin ohne Strom, weil Linksextremisten einen terroristischen Anschlag ausführten, der nicht nur die privaten Haushalte, sondern auch das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf und den Senat völlig unvorbereitet traf.

Während Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutz und Hilfsorganisationen nun endlich Pause haben, rückt die Verantwortung für das politische Versagen immer stärker in den Mittelpunkt.

Das betrifft in erster Linie den Regierenden Bürgermeister Kai

Wegner von der CDU. Es ist nur noch zu klären, ob er jetzt schnell selbst Verantwortung übernimmt und zurücktritt, oder ob ihn die Wähler im September bei der anstehenden Abgeordnetenhauswahl zum Teufel jagen. Sicher ist, dass dieser Mann keine politische Zukunft mehr haben wird.

In den ersten Stunden des Blackouts gab es für die Betroffenen praktisch keine Informationen der Behörden, Wegner war am ersten Tag anscheinend überhaupt nicht vor Ort. Als er sich dann endlich am Sonntag öffentlich meldete, erzählte er, wie viel er aber in der Zeit davor doch telefoniert habe. Unfassbar...

Die Infrastruktur der Hauptstadt ist offenbar nicht einmal ansatzweise vor Sabotageaktionen geschützt. Ein gezielter Brandanschlag auf eine Kabelbrücke am Teltowkanal, bei dem fünf Hochspannungskabel zerstört wurden, reichen aus, um Zehntausende Haushalte lahmzulegen.

Es wird jetzt diskutiert, ob Behörden Hinweise auf mögliche linksextreme Sabotageakte im Vorfeld unterschätzt haben. Und, besonders stößt den Bürgern auf, dass während die Infrastruktur, Berlins Lebensader, verrottet, aus dem Sondervermögen des Bundes für die Modernisierung genau dieser Strukturen in Berlin rund **3,2 Milliarden Euro** (von insgesamt 5) für Baumpflanzungen, Grünflächenpflege und Regenwassermanagement verballert werden.

Der aktuelle Terroranschlag der linksradikalen „Vulkangruppe“ wirft zum wiederholten Mal ein Schlaglicht darauf, wie Berlin seit Jahren, manche sagen seit Jahrzehnten, die Sicherheit vernachlässigt und den gewalttätigen Linksextremismus verharmlost, während man Rechte als den großen gefährlichen Popanz hinstellt. Ein Senat hat aber die verdammte Pflicht, gegen jede Gefährdung der Sicherheit energisch vorzugehen. Wenn die Berliner – auch das gehört zur Wahrheit – aber immer wieder Politiker in die Verantwortung wählen, die teilweise mit den Linksterroristen sympathisieren, zumindest Verständnis

für diese Politikkriminellen haben, wird sich nichts ändern in der Vier-Millionen-Metropole.

Apropos: Haben Sie eigentlich in diesen fünf Tagen in Zehlendorf irgendwas von Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) gehört? Ich meine, mit seiner Autokolonne bräuchte er nur 20 Minuten vom Kanzleramt bis ins Zehlendorfer Epizentrum...